

Habt Acht!

Quartalsrapport des k.u.k. böhmischen Infanterieregimentes
„Erzherzog Leopold Salvator“ 18

AUSGABE 4

Der Regimentsführer hat die Angehörigen im
Infanterieregiment 18 und deren Angehörigen
und im besonderen Einverständnis.

Regimentsführer

Oskar von Scharf = Löffel = Löffel

Regimentskommandant Oberst Robert Jordan



Flame of Peace
Flamme des Friedens



Burghard Ostertag; Mj. & Reg.Phil. IR 1



Gestalten statt verwalten!

Wenn ich mir die Arbeitsweise der Politik, der Politiker und deren Parteien betrachte, dann habe ich berechtigte Zweifel an der Ernsthaftigkeit dessen, für das sie eigentlich da sein sollten, sowie für die angeblichen Ziele, für die sie stehen und erreichen wollen. Die Wirklichkeit sieht jedoch in keinem Fall so aus, wie das, was der Bevölkerung intensiv in den Wahlkämpfen vorgezogen wird oder sonst behauptet. Wenn dann die Politiker direkt auf die diversen Situationen hin angesprochen werden, dann kann immer davon ausgegangen werden, daß diese immer schon dafür oder dagegen waren, aber es leider niemals konkret und korrekt gesagt haben. Einfach ausgedrückt, die Hauptsache ist, daß sie den Anschein bewahren und so tun, als würden sie immer die Kontrolle und die Herrschaft haben.

Und wenn die Probleme konkret angesprochen werden, dann sind sowieso immer die Anderen schuld, weil sie selbst und deren Parteien ja immer schon gesagt haben, daß sie das so oder so wollten oder auch nicht wollten, je nach Bedarf. Bei den Diskussionen sind neben den Schuldzuweisungen noch am auffälligsten das Jonglieren mit Statistiken und sonstigen Zahlen, die kaum jemand nachvollziehen kann. Hauptsache es klingt gut und wichtig und richtig, ob es stimmt oder nicht, wen sollte das schon wirklich interessieren? Mehr als sich dies die Parteien, die Politiker und andere Wichtigtuere sich wirklich vorstellen können.

Um jedoch zu gestalten, dazu braucht es keine Gesetze, sondern einzig und alleine Ideen. Vieles kann schon durch eine Gestaltung gemacht werden, statt langer und meistens sinnloser Diskussionen und so einen

Fortschritt zu erhalten. Denn gerade die Gesetzgebung ist nichts anderes als eine Festlegung einer momentanen Vorstellung von einer Sache, eines Geschmacks oder sonst was. Vielmehr verhindern Gesetze mehr, als sie Entwicklung und Fortschritt ermöglichen.

Während jedoch die einzelnen Gemeinden jedem nachlaufen, von denen sie sich einige wenige Euros Steuern erwarten und sofort Investitionen auf Steuerzahlerkosten einleiten und sich so nur auf eine eingeschränkte Vorstellung von Möglichkeiten verlassen. Das heißt, es fehlt selbst den Gemeinden die richtigen Ziele. Sich alleine auf Industrie und Wirtschaft blindlings zu verlassen, mag vielleicht dem eingeschränkten Denken der Verantwortlichen entsprechen, es führt jedoch nie zu einer optimalen Wahrnehmung der Möglichkeiten. Gestaltung sollte sowohl für Beschäftigung sorgen, wie auch zu Impulsen für die Gemeinden, welche sich nun einmal wirtschaftlich allgemein auswirken können.

Wenn ich einmal an die Vergangenheit denke, welche zum größten Teil als Kulturgüter erhalten werden, wie es die staatlichen Garten- und Parkverwaltungen nun einmal tun, dann stellt sich von selbst die Frage, warum Gewerbe- und Industrie-parks für viel Geld errichtet werden, statt Garten- und Parkanlagen zu gestalten. Denn schon für den Tourismus wäre dies von Bedeutung. Ebenso führen solche Gestaltungen zu weiteren Impulsen. Aber wenn nur erwartet wird, daß die Gemeinden abschöpfen können, dann darf sich niemand wundern, wenn zuerst Unternehmen sich niederlassen und Konditionen ausverhandeln, welche mehr

oder weniger nur den Steuerzahler belasten und dann, wenn es woanders, in einem anderen Land billiger ist, dorthin auslagern.

Was wir brauchen ist die Möglichkeit durch Gestaltung unserer Landschaft auf der einen Seite für Beschäftigung zu sorgen, auf der anderen Seite dadurch neue Wege und Möglichkeiten zu eröffnen, die zu nutzen aber nicht unsere Angelegenheit sind. Damit sich jeder selbst ein Bild machen kann, wie es funktionieren könnte, mögen sich die Interessierten die Homepage von Guedelon anschauen. Aber bitte sich nicht daran festhalten, sondern die Phantasie walten zu lassen, denn es gibt sehr viele Möglichkeiten, was wir Alles machen könnten.

Kleinstaaten – Die Zukunft der Demokratie, wie es das Fürstentum Liechtenstein zeigt

Es mag widersinnig erscheinen, wenn ich die Theorie aufstelle, daß die Rettung der Demokratie nur darin zu sehen wäre, wenn wir zum Einen die Monarchien wieder haben und zum Anderen zurückgehen zu Kleinstaaten. Denn, je größer das Gebilde Staat ist, desto weniger ist Platz für eine gelebte und lebbar Demokratie. Denn es setzt auf jeden Fall immer eine Überschaubarkeit voraus. So, wie es im Fürstentum Liechtenstein der Fall ist.

Gut, mit dem Fürstentum Liechtenstein setzt der einfach denkende Mensch ausschließlich zuerst einmal Steueroase und Steuerhinterziehung gleich. Aber das ist für mich auch nur der Ausdruck von Neid und Gier, besonders von der Politik. Doch das Fürstentum Liechtenstein ist weit mehr, als nur Finanzplatz. Es ist ein Beweis, wie Fürst und Volk funktionieren. Denn in der Verfassung steht, Fürst und Volk bestimmen und damit sind sowohl der Landtag, wie

Das einzige Hindernis, welches zu überwinden gilt ist, die Bereitschaft der Gemeinden zu erhalten, daß diese sich an Stelle der Verwaltung der Armut und des Elends, den Menschen, die arbeiten wollen, die Möglichkeit geben konkrete Gestaltungen umzusetzen. Von der Anpflanzung von Alleenstraßen über Garten- und Parkanlagen, was ist nicht Alles denkbar und machbar. Nur machen müssen wir es schon selbst. Trotzdem brauchen wir nur die Informationen, welche Gemeinde daran Interesse hätte und vor Ort, welche Möglichkeiten wir hätten. Der Rest ist dann die Phantasie, die Etwas daraus machen muß.

auch die Regierung sowohl dem Fürsten, wie auch dem Volk verantwortlich.

In allen anderen Ländern, außer der benachbarten Schweiz, grenzen sich die Politiker mit ihren Gremien der Demokratie vom Volk ab, wie nun der Zustand es uns in Europa immer deutlicher zeigt. Da jedoch die Vorteile weit größer wären, wenn wir Kleinstaaten haben würden, weil diese das Notwendige vor Ort wesentlich besser erledigen können, als in Zentralstaaten, kann auch von diesem Modell ausgehend der Gedanke weiter entwickelt werden.

Und da können wir Italien heranziehen. Denn in Italien haben die Regionalparlamente weit mehr Kompetenzen, als allgemein hin angenommen wird. Denn das meiste Geld liegt in den Regionen und Provinzen. Hier ist der Vorteil besonders bei der Umsetzung von Projekten hervorzuheben, denn zum Beispiel Straßen- und Eisenbahn-

bau kann nur vor Ort so geplant werden, wie die Bedürfnisse es erfordern.

Dabei hindern Kleinstaaten keineswegs zentrale Einrichtungen, besonders Einrichtungen, die für die Sicherheit zuständig sind, trotzdem zentrale Archive zu unterhalten, die für eine effiziente und auch effektive Arbeit geboten sind. Denn es geht bei den Kleinstaaten in keinem Fall um die Befriedigung der Eitelkeiten, der nationalistischen Vorstellungen, sondern um die politische Arbeit, die ganz besonders die regionalen Eigenheiten und Entwicklungen in den Mittelpunkt stellen können, damit nicht die geistig und sonstig schwachen Regionen Alle hindern oder gar in den Abgrund ziehen.

Zudem, die Verantwortlichkeit in die Regionen zu übertragen bedeutet auch, dass vor Ort die Politik und die Politiker jederzeit zur Verantwortung gezogen werden könnten und sie nicht hinter Ausreden, daß wer auch immer sich quer legt. Es wäre daher auch eine Möglichkeit, dass die Unfähigkeit der Politiker in einem Zentralstaat mit Geld umzugehen, derart eingeschränkt werden könnte, weil Regionen sich gegenseitig direkt mit Krediten und anderen Hilfsleistungen gegenseitig unterstützen könnten.

Nur als Beispiel. Weder Wien, noch Berlin, noch Bern haben eine reale und konkrete Vorstellung, wie im Bodenseeraum die Verkehrsproblematik am Besten gelöst werden könnte, aber die betroffenen Länder und Gemeinden. Wenn daher diese gemeinsam planen und beschließen, wie was gemacht werden sollte, dann ergibt es Lösungen, die auf die Menschen vor Ort Rücksicht nehmen und zudem auch die Wirtschaft vor Ort durch die Umsetzung fördern und gleichzeitig kontrollieren ließen.

Doch ebenso ist die Steuerhoheit vor Ort von jenem Vorteil gegenüber dem Zentralstaat, daß immer weniger Steuermittel für den Größenwahn der Politik verwendet werden kann, weil in Kleinstaaten die Demokratie wesentlich leichter sich umsetzen ließe und daher das Volk über die öffentlichen Ausgaben mitbestimmen kann, wie es in der Schweiz selbstverständlich ist und daher sinnlose Ausgaben fast nie erfolgen. Doch es gehört auch hier ein elementarer Systemumbau, vom Steuersystem bis zur Verteilung der Steuern von unten nach oben.

Die Steuerverteilung kann nur von unten nach oben erfolgen, wenn wir als Ziel die Entschuldung der Staaten im Auge haben. Zudem sind alle Systeme kompatibel zu gestalten und somit bleibt dann nur der Länderspezifische Steuersatz unterschiedlich. Damit sind jedoch auch die gesamten Strukturen des Staates neu zu denken und in Modellen auszuarbeiten. Diese Modelle sind zuerst zu errichten, dann kann erst die Kritik am Staat angebracht werden. Nur dagegen zu sein ist das Eine, das Andere ist aber mit Modellen das alte System sofort ersetzen zu können.

Und da jedes funktionierende System, welches einen gesunden Staat ergeben soll, nur im Kleinen erfolgen kann, beruhen daher alle Modelle auf Kleinstaaten. Nur hier ergibt sich jene Übersicht, die auch eine funktionierende Demokratie ermöglicht und nicht in der Anonymität der Masse untergeht. Denn so schaffen und geben wir dem Subsidiaritätsprinzip einen Sinn und eine reale Funktion. Zudem können Fehler, Fehlentwicklungen und andere Schwachstellen von Zentralstaaten verhindert, behoben und reduziert werden.

Das Kleinstaatenprinzip bedeutet jedoch in keinem Fall, daß die über die Kleinstaaten gehenden Interessen innerhalb eines Gesamtstaatsverbandes auch an die Kleinstaaten übergehen sollen. So gehören das Paßwesen und die Polizei in die übergeordnete Ebene, wie auch das Militär und die Finanzen. Doch Alles, was vor Ort die Probleme schafft, die Menschen konkret und direkt betrifft, die sind nach unten abzugeben. Dennoch, haben jene Gesetze im übergeordneten Interesse, wie Umweltrahmenbedingungen und die anderen allgemeingültigen Gesetze, die im allgemeinen Interesse sind, sind auch vom Gesamtstaat zu beschließen. Jedoch dürfen und können diese Gesetze immer nur die grundsätzlichen und groben Rahmenbedingungen sein, die dann in den Kleinstaaten nach den vorhandenen Gegebenheiten dann im Detail zu beschließen sind und umzusetzen.

Sicher, wer Kleinstaat hört, denkt sofort an eine Zersplitterung. Einen Bundesstaat mit vielen kleinen souveränen Einheiten, kann sich heute nur noch ein sehr kleiner Kreis vorstellen, die den Vorteil in Kleinstaaten

als praktizierbare Verwaltungseinheit sehen. Denn die Möglichkeiten eines Kleinstaates liegt auch darin, daß Gesetze nicht eine erstarrte momentane Willensäußerung sind, die fast ausschließlich aus und durch die menschliche Dummheit entsteht, sondern flexible und anpassungsfähige Gesetze, die durch entsprechende ausführende Vorschriften in den Kleinstaaten umgesetzt werden können und zwar nach dem Bedarf vor Ort.

Doch ein Vorteil haben Kleinstaaten zudem, welcher nicht in Gesetze geschrieben festgelegt werden können. Identität und Einheit bilden. Das führt auch dazu, daß damit die Demokratie lebendig gemacht werden kann, weil in jedem Kleinstaat durch die Überschaubarkeit die Demokratie praktizierbar wird. So verhält es sich genauso mit der Idee des Kommunismus, welcher von der Idee her ausschließlich nur in Klöstern praktizierbar ist, weil hier die Freiwilligkeit die Grundlage ist. Und die Demokratie braucht die Überschaubarkeit. Aber diese Überschaubarkeit kann es nur in Kleinstaaten geben.

Die Privatisierung des Staates

Denke ich an die Elbphilharmonie, BER, Stuttgart 21, Nürburgring und die vielen von mir nicht erfassten Projekte, die Meisten werden vom Verein der Steuerzahler jährlich aufgelistet, dann habe ich nur noch das Gefühl des reinen Grauen eines Horrorfilmes, der Wirklichkeit geworden ist. Und denke ich daran, welche menschlichen Probleme in unseren reichen Ländern herrschen, von denen ich nie erwartet hätte, dass es soweit kommt, dann bleibt bei mir nur noch eine tiefe Scham übrig.

Mit einer pathologischen Umverteilungssucht und Ausbeutung, welche ich nur noch

als Zuhälterei bezeichnen kann, werden unsere Länder nur noch zum Supermarkt der Politik. Bürger, wenn Du mich wählst, dann bekommst Du einen Euro. Doch nach der Wahl wird dafür dem Bürger erst einmal zehn Euro weggenommen, damit dieser eine Euro dem Bürger wieder gegeben werden kann.

Gib einem Politiker einen Euro, dann hast Du zehn Euro Schulden, gibst Du ihm zehn Euro, dann hast Du hundert Euro Schulden, gibst Du ihm hundert Euro, so sind Deine Schulden schon bei tausend Euro und wenn Du ihm dann tausend Euro gibst, sind es

schon zehntausend Euro an Schulden und was darüber hinaus geht, sind dann die nachkommenden Generationen, die heute bereits verkauft werden in die Sklaverei, weil das Geld wichtiger ist, als die Menschen.

Und wenn ich in der ganz normalen Wirtschaftswelt so handle, so meine Geschäfte mache, dann bin ich schneller im Gefängnis, als ich mitbekomme, warum. Denn, wenn ich eine Bauunternehmen hätte und so baue, wie die öffentliche Hand es macht, das billigste Angebot, meistens nach Absprachen der Bieter, den Zuschlag bekommt, steht in jedem Vertrag, dass unvorhergesehene und nicht kalkulierbare Kostensteigerungen zu Lasten des Auftraggebers, also der öffentlichen Hand gehen. Nur, im privaten Bereich, wenn ich für einen Bauherren ein Gebäude errichte, dann haften ich dafür und werde schneller wegen aller möglichen Straftaten verurteilt, auch wenn ich wirklich nichts dafür könnte. Aber ich hätte mich an einen Rahmen zu halten und schlüsselfertig das Objekt zu übergeben, damit ich mein Geld erhalte. Nur bei der öffentlichen Hand, da gelten andere Gesetze, oder wie sonst sollte ich es verstehen?

Der Staat kann nicht wirtschaften, das wissen wir Alle. Zudem, es ist ein Unterschied, ob ich Allgemeingut privatisiere oder im Auftrag des Staates und für den Staat privat arbeite und wirtschaftete. Denn die Allgemeingüter, wie Wasser im absolut Besonderen, dürfen und können niemals in private Hände gegeben werden, aber der Umgang damit kann sehr wohl durch Private erfolgen. Hier ist auch das Beispiel der Privatisierung der Eisenbahn in Großbritannien zu erwähnen, weil diese Privatisierung völlig danebengegangen ist. Trotzdem ist die Privatisierung des Staates eine Voraussetzung, daß wir eine Zukunft haben werden, welche

noch vielen Generationen nach uns heute eine Grundlage sein werden wird.

Durch die Privatisierung des Staates wird der Staat selbst lernen müssen, dass er als Erster auf das verzichten muß, was er seinen Bürgern abverlangt. Denn der Staat hat den Systemfehler, daß er Geld ausgibt, welches er nie selbst durch Leistungen sich verdient hat, sondern nur Schulden macht und die Bürger als Bürgen in eine Zwangsverpflichtung nimmt. Daraus ergibt sich, wenn das Wasser verkauft wird, damit der Staat Einnahmen erhalten kann, zerstört der Staat selbst seine Existenzberechtigung, weil er seine eigenen Aufgaben nicht mehr wahrnimmt für seine Bürger die Versorgung sicherzustellen. Denn Private sehen das Wasser nur als gewinnbringendes Geschäft an und somit werden die Menschen auf der Strecke bleiben. Aber auch die Tatsache, daß Private, wie in Großbritannien mit der Eisenbahn, nur das schnelle Geld machen wollen, ist dieses Verhalten deswegen nachvollziehbar, weil der Staat auch nur darauf achtet, wie er abschöpfen kann.

Im Gegensatz zum Staat muß jeder Private seine Ziele definieren, damit das Geschäftsmodell Kreditwürdigkeit erhält. Nur der Staat, bei dem sieht jeder nur darauf, dass dieser funktioniert und für den Einzelnen einen Nutzen bringt. Denn beim Privaten ist eine gesetzliche Gewährleistung vorgeschrieben, nur beim Staat gilt dies nicht. Und dennoch, es ist möglich, wenn Private die Aufgaben des Staates übernehmen. Dabei aber kann dann der Staat nicht mehr abschöpfen, sondern die Privaten erfüllen die Aufgaben und Aufträge, die der Staat vorgibt. Nur die Umsetzung dieser Aufgaben und Aufträge enthebt dann den Staat von dem Recht Steuern von diesen Unternehmen zu verlangen. Dafür erhalten

die Unternehmen auch keine Subventionen mehr.

Damit fallen auch die sogenannten Haftungen für angebliche systemrelevante Unternehmen, also Banken und ähnliche andere Unternehmen, weg. So würden dann auch diese Unternehmen so wirtschaften, dass sie nicht in Konkurs gehen, denn sie haben keine Sicherheit mehr durch den Staat. Die Einsparungen für den Staat sind derart relevant, dass die staatliche Buchhaltung und Bilanz völlig anders aussehen würde. Natürlich müssen mit der Privatisierung des Staates auch grundsätzliche strukturelle Änderungen erfolgen, die zum Einen teilweise die Politik entmündigt und entmachtet und daher diese auf die relevanten und grundsätzlichen Aufgaben einschränkt, zum Anderen die Demokratie derart aufwertet, nach dem Vorbild der Schweiz, daß Verhaltensweisen, wie bei Stuttgart 21 und den anderen größtenwahnsinnigen Projekten nicht mehr möglich werden.

Wenn Private solche Großprojekte machen wollen, dann kann die Politik nur entscheiden, ob die Privaten dürfen oder nicht. Jedenfalls, wenn weiterhin die Politik selbst derartige Großprojekte machen will, dann hat die Politik die Verträge so abzufassen, daß die Unternehmen, die daran verdienen wollen, diese Großprojekte schlüsselfertig übergeben werden. Ohne jedoch weitere Zahlungen zu leisten. Solange wir aber davon mit einer Sicherheit ausgehen können, wenn eine veranschlagte Summe nach Erteilung des Auftrages sich mindestens verdoppeln, eher verdrei- oder sogar vervierfachen, dann stimmt es mit diesem System nicht mehr. Denn Private werden eingesperrt, wenn sie so arbeiten und haben auch nicht die Steuerzahler hinter sich.

Damit aber in Zukunft nicht die ganzen Staaten durch eine Mißwirtschaft zu Grunde gerichtet werden, muß der Staat privatisiert werden. Wir haben genügend Vorbilder aus der Vergangenheit, wie besonders die Zünfte und Gilden, welche die Stände repräsentierten. Danach könnte eine Demokratie neu aufgebaut werden, die die Bezeichnung Demokratie verdient, weil dann wirklich alle Schichten und Interessen vertreten wären. Aber der größte Feind der Demokratie ist die Bevölkerung. Demokratie spielen die Politiker, nur das Volk selbst wird ausgeschlossen.

Denn gerade die Politik, die Politiker glauben wirtschaften zu können, weil sie nicht die eigene Verantwortung wahrnehmen müssen, da es nie um ihr eigenes Geld geht, welches für Projekte ausgegeben wird, wofür jeder normale Bürger wegen Betrugs und Veruntreuung verurteilt und eingesperrt wird. Da aber die Dummheit über Allem steht, denn der Begriff Privatisierung ist das Eine, das Andere ist, was darunter verstanden und wie dieser Begriff angewendet wird.

Jedenfalls ist die Privatisierung nach meinen Vorstellungen des Staates eine völlig andere Sache, als was das allgemeine Verständnis darunter sieht. Schwarz und Weiß sind die End-, die Grenzfarben des Farbenspektrums und dazwischen gibt es eine fast unendliche farbige Möglichkeit an Kombinationen. Nur die derart feinen Unterschiede der Farben auf dieser Skala erkennen wir nicht, obwohl sie vorhanden sind. So ist rot nicht gleich rot, blau nicht gleich blau, gelb nicht gleich gelb und so weiter. Und übertragen auf die Privatisierung des Staates heißt das, daß Privat nicht gleich Privat ist.

So ist schon auf der einen Seite die Politik selbst in jenem Umfang zu entmachten,

welcher der Politik den Einfluß auf und bei der Umsetzung besonders bei Bauvorhaben derzeit nimmt. Was mit den Großprojekten geschehen ist, dafür ist einzig und alleine die Politik verantwortlich, eigentlich jedoch jeder Stimmbürger persönlich. Denn wer wählt diejenigen, die derartige Schäden anrichten? Der Wähler und die Nichtwähler. Zudem, die Politik kann beschließen, was gemacht werden soll, aber die Umsetzung sollen dann diejenigen machen, die davon eine Ahnung haben.

Und wenn eine Kalkulation steht und ein Unternehmen den Zuschlag bekommt, dann ist ein Bauvorhaben zu diesem Preis schlüsselfertig zu dem genannten Termin zu übergeben. Da gibt es keine Diskussion. Die Qualität wird vor der Bezahlung überprüft und die Unternehmen werden dann solange auf ihre Kosten die Mängel beheben, bis das Objekt funktionstüchtig fertig ist. Ist das Bauprojekt früher fertig, dann macht das Unternehmen mehr Gewinn, verzögert sich die Fertigstellung, dann geht dies zu Lasten des Unternehmens. Einfach so, wie in der Privatwirtschaft.

Da der Staat von Beamten und Politikern geführt wird, soweit, so gut, bedeutet dies keineswegs auch automatisch, daß dieser Personenkreis auch geeignet ist, das zu tun, was bei den Privaten erwartet und gefordert wird. Während den Privaten durch immer mehr Gesetze die uneingeschränkte Entscheidungsfreiheit entzogen wird, viele Gesetze haben sehr wohl ihre Berechtigung, weil die Rahmen zum Schutz der Konsumenten Sinn machen, aber wenn der Staat selbst zum Auftraggeber wird, dann nimmt genau dieser Staat das nicht wahr, was von den Privaten abverlangt wird und zugestanden, sondern der Konsumentenschutz für den Steuerzahler fällt großzügig weg.

Aber das betrifft nicht nur die Bauwirtschaft, das betrifft mehr oder weniger alle Bereiche im Staat. Zweierlei Maß ist das Eine, die Ignoranz und Arroganz des Staates gegenüber den Bürgern das Andere. So werden zwar großmäulig im Interesse der großen Unternehmen Programme angekündigt, auf die mittleren und kleinen Unternehmen dabei keine Rücksicht genommen, denn, wenn etwas schief geht, schließlich gibt es ja den Steuerzahler, der zur Kasse gebeten werden kann. Aber die mittleren und kleinen Unternehmen das machen zu lassen, was sich der Staat herausnimmt, das kommt nicht in Frage.

Nun, während ebenso groß gejubelt wird, wenn es hundert neue Arbeitsplätze gibt, verschweigen die Politiker allzu gerne die vielfach freigesetzten Arbeitsplätze, die von den Unternehmen nicht mehr gehalten werden können, weil ja der Staat nur Augen für große Unternehmen hat. Aber gleichgültig, was die gesamten Wirtschaftstheorien auch immer besagen, es bleibt so, nur die vielen kleinen und mittleren Betriebe schaffen das, was die Großen vielleicht finanziell günstiger schaffen, aber nicht in der gleichen Qualität, wie es die kleinen und mittleren Betriebe können. Es mag die Errichtung sicherlich billiger sein, wenn rationell von Großen etwas errichtet wird, jedoch verschweigt man auch hier aus sehr gutem Grund die Folgekosten. Dann schon lieber teurer von kleinen und mittleren Betrieben länger an einem Bau arbeiten lassen, dafür aber auch viele Jahre ohne Probleme.

Zudem, wenn die Politik Vollbeschäftigung haben will, dann wird auch der Staat auf sehr Vieles verzichten müssen. Denn die Systemfehler dogmatisch zu erhalten, weil es den Politikern und Parteien einen Nutzen bringt, schaffen nur weitere Probleme, die sich selbst vergrößern und nicht mehr zu lö-

sen sind. Und jeder Lösungsversuch durch die Politik endet immer in Gesetzen, die auch nur die Fixierung eines momentanen Zustandes ist, aber nicht zukünftige Lösungen erlauben.

So ist in der Landwirtschaft durch das derzeitige System eine de facto Verstaatlichung eingetreten, die jedoch wieder nur Großkonzernen übergeben wird. Denn alleine schon die Tatsache, daß genetisch veränderte Mittel durch die Politik zugelassen werden und im Wissen darum, daß solcherart sich durch Wind und Wetter verbreitetes manipuliertes Samenmaterial auf Böden fällt, die nicht mit solchem Material arbeitet und dann den Bauern Lasten aufzuerlegen, weil dieses genetisch veränderte Samenmaterial patentiert wurde und somit die Großkonzerne darauf Lizenzgebühren einheben dürfen, sowie die Bauern dazu nötigen können, nur ihr Saatgut zu kaufen, ansonsten sie solange verklagt werden, bis die Bauern Pleite sind.

Für mich sind besonders Großunternehmen, Großkonzerne schon ein privater Staat im Staat. Nur die Kleinen und Mittleren können nicht ihre Kapazität so ausbauen, wie sie es könnten. Wie sollen in diesen Größenordnungen die Unternehmen nach ihren Möglichkeiten forschen, experimentieren und testen, was sie könnten, wenn die Belastungen mehr oder weniger auf deren Schultern liegen? Die Großen drohen zunächst einmal mit Entlassungen und schon bläst die Politik diesen Alles in den A... und hofiert sie. Dabei rationalisieren zuerst die Großen, die Kleinen und Mittleren gehen dafür sofort Pleite.

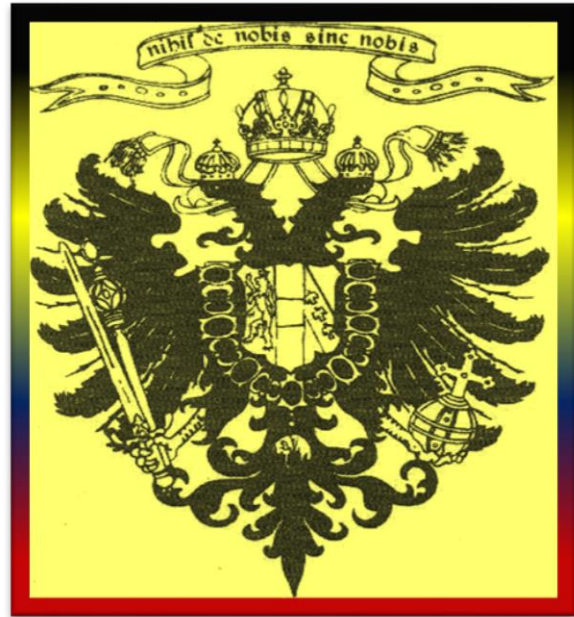
Nein, der Staat muß privatisiert werden, weil auch die Menschen wieder davon abgebracht werden als Konsumenten den Staat zu begreifen. Wer Etwas will, soll zu-

erst einmal selbst versuchen das zu erreichen, was der Einzelne will. Also die Arbeit oder die Beschäftigung zu belohnen, wenn auch die Allgemeinheit einen Nutzen oder Vorteil davon hat. Und das hat absolut nichts mit der Freiwilligkeit zu tun, sondern einzig und alleine mit der Verantwortung des Bürgers gegenüber dem Staat. Und der Staat hat zu lernen auf sehr Vieles zu verzichten. Besonders auf Steuern und Abgaben. Denn, was der Staat nicht ausgeben muß, braucht er auch nicht bei den Bürgern und Steuerzahlern abzuschöpfen. Zudem funktioniert der Staat besser ohne die Einmischung durch die Politik.

In den letzten 60 Jahren hat die Politik nur Eines geschafft, dem Bürger beizubringen, daß er nur ein Konsument des Staates ist und sonst das Maul zu halten hat. Es wurde mehr die Bequemlichkeit gefördert, als die Talente, die vorhanden sind. Dazu haben die Medien, so sehr sie recht haben auf ihr Recht der Pressefreiheit zu pochen, dennoch als, wie es Lenin sagen würde, nützliche Idioten einer Entwicklung permanent den Weg bereitet, der uns in die gegenwärtige Lage gebracht hat. Ich frage mich schon lange nicht mehr, was Alles verschüttet wurde an Fähigkeiten und Ideen.

Und wenn der Staat schon keine Rücksicht nimmt, dann kann der Staat nur privatisiert werden, damit zum Einen die Leistungsfähigkeit der Bürger freie Bahn hat und zum Anderen die Bürger selbst für ihren Zustand verantwortlich werden. Statt Subventionen, die auch nicht mehr als eine Form der Korruption sind, ergibt das eigene Tun und Handeln völlig neue Chancen und Möglichkeiten für die Bürger. Das einzige Problem dabei ist und bleibt die Frage zu beantworten, wie reif sind eigentlich die Bürger für die Demokratie und das eigenständige Denken und Arbeiten? Doch das

ist nicht mein Problem. Aber Alle können sagen, was im Staat privat gemacht werden kann.



Ab der nächsten regulären Ausgabe wird „Habt Acht!“ in einem neuen Erscheinungsbild herausgebracht. Bisher hatten wir kaum Bilder, jedoch hat sich dies während des Jahres geändert. Wir waren bei drei großen Veranstaltungen, wie es in der Extraausgabe mit dem Gesamtbericht über die Aktivitäten des Regiments nachzulesen sein wird. Daher sollten wir einmal abwarten, bis dieses Jahr zu Ende ist und wir in ein neues Jahr mit unseren Aktivitäten gehen.

www.kuk-ir18.org

Impressum: **Maßel und Maßel: Linzinger Offshoot**

Regimentskommandant: Robert Jordan

KuK böhmisches Infanterieregiment "Erzherzog Leopold Salvator" Nr. 18

Industriestr. 9

A - 6841 Mäder

Kontakte:

Alle Anfragen an folgende Emailadresse:

Kommando@kuk-ir18.org

Bankverbindung KuK-IR18

**Raiffeisenbank Götzis
IBAN: AT27 3742 9000 0008 7882
BIC: RVVGAT2B429**